

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/144

31. Juli 1972

Jugendhilfe - mit oder ohne Konzeption?

Die Leistungen der sozialliberalen Koalition
für die junge Generation

Von Heinz Westphal MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 und 2 / 89 Zeilen

Kontrolle der Rechtsstaatlichkeit

Ausschüsse zur Überprüfung der Radikalen-
Disziplinierung

Von Heinz Bühringer MdL
Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Seite 3 und 4 / 48 Zeilen

Im Vorhof des Wahlkampfes

Kandidatenaufstellung wird kritischer

Seite 5 / 43 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes:

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (I)

Seite 6 und 7 / 81 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 886 846 / 886 847/
886 848 PPP 0

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Jugendhilfe - mit oder ohne Konzeption?

Die Leistungen der sozialliberalen Koalition für die junge Generation

Von Heinz Westphal MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im
Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Wenn es um die Frage geht, ob die Regierung der sozialliberalen Koalition eine jugendpolitische Konzeption hat und befolgt, in der die auf Bundesebene gestellten Aufgaben der Jugendhilfe ihren Ausdruck finden, kann die Bundesregierung mit ruhiger Sicherheit nicht nur die Grundgedanken einer vom Tage der Regierungsbildung 1969 an öffentlich vorgetragenen Konzeption nennen, die auf mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der jungen Generation, auf Bildungs- und Erziehungshilfen zur selbstverantwortlichen Mitgestaltung der Gesellschaft und auf die rechtliche Absicherung dieses emanzipatorischen Prozesses gerichtet ist, sondern sie kann nun auch nach knapp drei Jahren Regierungstätigkeit die konkreten Ergebnisse einer an dieser Konzeption orientierten Politik darstellen:

- ein völlig neues Jugendhilfegesetz wurde in Angriff genommen,
- das Bundesausbildungsförderungsgesetz wurde geschaffen,
- die Voraussetzungen wurden geschaffen, daß der Schutz der Jugend vor Gefährdung durch Medien aus dem Halbdunkel eines Sondergesetzes geholt und im Strafrecht verankert wird,
- das Gesetz über Unfallschutz in Schulen und Kindergärten ist in Kraft gesetzt worden,
- die Verheiratetenklauseln wurden abgeschafft,
- im Betriebsverfassungsgesetz wurden jungen Arbeitnehmern bessere Chancen und mehr Rechte auf Mitwirkung und Mitbestimmung eingeräumt,
- das Wahlalter wurde herabgesetzt und die Herabsetzung der Volljährigkeit in die Wege geleitet,
- in den Vorlagen zum Eheverfahrensrecht sind alle Forderungen nach einem Familiengericht endlich erfüllt,
- eine Reform des Adoptionsrechts ist vorbereitet worden.

Wenn - enger begrenzt - die Frage gestellt wird, ob diese Bundesregierung ein eigenes Konzept zum Jugendhilferecht hat und vertritt, dann genügt der Hinweis auf die Stellungnahme zum 3. Jugendbericht vom 23. Februar 1972. Dort ist mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß die Bundesregierung den Beratungsergebnissen der von Jugendminister selbst im Mai 1970 berufenen Kommission zur Reform des Jugendwohlfahrtsgesetzes nicht vorzugreifen gedenkt, in voller inhaltlicher Übereinstimmung mit den bisherigen Arbeitsergebnissen dieser Kommission in 12 Punkten konkret vorgetragen worden, was diese Regierung bei der Reform dieses wic-

tigen Rechtsgebietes will und anstrebt. Um nur einige Leitgedanken zu nennen, sei hier zitiert:

- " - Einführung eines konkretisierten Leistungskatalogs für alle Bereiche der Jugendhilfe;
- Begründung eines Rechtsanspruchs eines jeden jungen Menschen auf Erziehung im Sinne einer seinen Anlagen und Neigungen entsprechenden vollen gesellschaftlichen Integration;
- Ausgestaltung der Jugendhilfe zu einem selbständigen, die Erziehung und Bildung in Elternhaus, Schule und Beruf unterstützenden Erziehungsträger."

Wenn aber schließlich die Frage gestellt wird nach der inhaltlichen Seite der Jugendhilfe-Praxis, die den durch das Jugendhilfegesetz künftig gesetzten Rahmen ausfüllen soll, da konnte die Regierung nicht hingehen und "per ordre de Mufti" sagen, wie dies in der Zukunft aussehen wird. Sie stand gleich allen anderen Partnern der Jugendhilfe im freien und öffentlichen Raum vor dem Tatbestand, daß die bisherige Praxis unbefriedigend ist, daß z.B. im Bereich der Heimerziehung neu nachgedacht werden muß, um dem jungen Menschen, der Erziehungshilfe braucht, weil die Erziehungskraft der Familie ganz oder teilweise fehlt, den Weg zum selbstverantwortlichen Erwachsenenendesein zu ebnen. Über diese Frage war auf Bundesebene unter dafür verantwortlichen CDU-Ministern vorher nie nachgedacht worden. Aus dieser Sachlage zog der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit Konsequenzen.

Auf seine Anregung hin wählte das Bundesjugendkuratorium einen Ausschuß, der über Inhalt und Methoden moderner Jugendhilfe Ausarbeitungen vorlegen soll. Der Ausschuß, dem Praktiker und Wissenschaftler angehören, ist längst an der Arbeit. Er hat sich vorgenommen, alle erforderlichen Sozialisationshilfen, die dem jungen Menschen - von Kind bis zum jungen Erwachsenen - zur Verfügung stehen müssen, kritisch unter die Lupe zu nehmen und Antwort auf die Frage zu geben, wie die wichtigsten Eigenschaften und Fähigkeiten des mündigen Bürgers durch Hilfen der Gesellschaft erreicht werden können. Es war nicht zuviel gesagt, als in diesem Zusammenhang formuliert wurde, daß das zuständige Ministerium zusammen mit den freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe "begonnen hat, ein umfassendes inhaltliches Jugendhilfekonzept zu entwickeln". Der CDU/CSU-Fraktion blieb es vorbehalten, dieses gemeinsame, von allen geförderte Bemühen zu diffamieren, in dem sie durch einen Antrag den Bundestag zur Kenntnis nehmen lassen will, daß die Bundesregierung "bis heute kein Konzept in der Jugendhilfe" besitzen würde.

Derartige Verhalten ist nicht nur kleinkariert, sondern auch infam, besonders von Leuten, die zwanzig Jahre für Jugendhilfe-Politik in Bonn verantwortlich waren und außer zwei äußerst problematischen Novellen zum Jugendwohlfahrtsgesetz in einer Zeit, in der die Fachverbände längst die große Reform forderten, nichts zustande gebracht haben.

(-/ex/31.7.1972/bgy)

+ + +

Kontrolle der Rechtsstaatlichkeit

Ausschüsse zur Überprüfung der Radikalen-Disziplinierung

Von Heinz Bühringer MdL

Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Der Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg hat beschlossen, die Bundestags- und Landtagsfraktionen aufzufordern, sich für die Einrichtung interfraktioneller Kontrollausschüsse beim Bundestag sowie bei den Landtagen einzusetzen. Diese Kontrollausschüsse sollen von den Regierungen über alle Fälle unterrichtet werden, in denen diese gegen einen Angehörigen des Öffentlichen Dienstes disziplinarisch vorgehen oder einen Bewerber abgelehnt haben, weil er die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfe.

Die Entscheidung für eine "abwehrbereite Demokratie", zu der sich die Väter des Grundgesetzes bekannt haben, bedeutet auch, daß Radikale keine Chance bekommen, den Öffentlichen Dienst als Basis für ihren Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu nutzen. Die Schwierigkeiten liegen beim Vollzug dieses Grundsatzes. Wann überschreitet das Verhalten eines Bewerbers oder eines Bediensteten die Grenze des demnach zulässigen? Die Diskussion über diese Frage hat durch den Ministerpräsidentenbeschluss von Januar dieses Jahres neue Nahrung erhalten. In den CDU-regierten Ländern besteht unverkennbar die Tendenz, schon die formale Mitgliedschaft bei einer radikalen Partei zum Anlaß zu nehmen, um einen Bewerber abzulehnen; auch wenn das nach Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nicht rechtens ist.

Kontrollausschüsse bei den Parlamenten können dazu beitragen, daß sinnvolle Kriterien für eine Ablehnung von Bewerbern

bzw. für die Durchführung eines Disziplinarverfahrens entwickelt werden. Bereits die Kontrolle durch die Ausschüsse - die sich aus den Abgeordneten und damit Personen zusammensetzen, die mitten im politischen Leben stehen - kann dazu beitragen, daß über die notwendige Grenzziehung von der Ministerialbürokratie nicht nur routinemäßig am Schreibtisch entschieden wird. Sinn der Kontrollausschüsse ist es nicht, selbst in der Sache zu entscheiden. Diese Entscheidung und damit die Verantwortung liegt nach wie vor bei den Regierungen. Sie sollen aber verpflichtet sein, die Gründe einer derartigen Ablehnung den Kontrollausschüssen darzulegen. Dies entspricht auch der grundsätzlichen Kompetenz des Parlaments, die Regierung zu kontrollieren.

Durch die Beteiligung aller Fraktionen in den Ausschüssen wird - wenn sie in allen Ländern durchgeführt wird - dazu beitragen, daß die entsprechenden Entscheidungen unabhängiger davon werden, welche Partei in dem einzelnen Bundesland die Regierung stellt. Außerdem wird diesen Fällen auch in praktikabler Weise mehr Öffentlichkeit verschafft, so daß diese Entscheidungen nicht monatelang im politischen Halbdunkel liegen, bis eventuell eine gerichtliche Entscheidung ergeht. Und noch eines: Die Einrichtung von Kontrollausschüssen wird in kurzer Zeit klarstellen, daß unsere Gesellschaft sich mit wesentlich weniger Linksradikalen auseinandersetzen muß, als uns interessierte Kreise um Barzel und Strauß aber Glauben machen wollen. (-/ex/31.7.1972/ks.

+ + +

Im Vorhof des Wahlkampfes

Kandidatenaufstellung wird kritischer

Ein wichtiger Prozeß, der die Funktionsfähigkeit des VII. Deutschen Bundestages, die Solidität und Glaubwürdigkeit der in ihm vertretenen Parteien tangiert, spielt sich derzeit im Vorhof des Wahlkampfes in vielen Ortsgruppen und Bezirkskonferenzen der Parteien ab. Hier werden personalpolitische Entscheidungen von großer Bedeutung für die Zukunft getroffen. Es geht um die Bestätigung von bisherigen Bundestagsabgeordneten zur Wiederwahl oder um die Aufstellung von neuen Kandidaten, von denen man erwartet, daß sie, festgelegt auf eine Partei und deren Programm, wirkungsvoll um Vertrauen bei den Wählern werben. Noch zu keiner Zeit in der jungen Geschichte der Bundesrepublik wurde die Kandidatenaufstellung so ernst genommen wie heute. Das hat wohl mit der Politisierung unserer Gesellschaft zu tun. Hier spielt sich oft ein hartes Ringen ab. Und nicht immer gelten Leistungen von gestern als Garantieschein für morgen. So manche Altverdiente müssen anderen, zumeist Jüngeren Platz machen. Für den Betroffenen und aus der aktiven Politik Ausgeschalteten ist dies oft eine schmerzliche Sache - aber das ist nur menschlich, allzu menschlich.

Die allgemeine Erfahrung zeigt, daß besonders junge Delegierte bei der Aufstellung von Bundestagskandidaten die kritische Sonde anwenden. Sie nehmen nicht unbesehen hin, was ihnen angeboten wird. Sie stellen Fragen etwa nach der Aufrichtigkeit, Integrität und Qualität des Wahlbewerbers, und sie haben dabei wohl jene unsicheren Kantonisten im Auge, die in dieser Legislaturperiode durch Übertritte und Parteienwechsel den Wählerwillen verfälscht und die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag labil machten. Das vielstrapazierte Gewissen kann als Begründung für solches Verhalten kaum herhalten, zumeist handelte es sich bei den Überläufern um Enttäuschte, Verbitterte und Opportunisten. Für den kritischen Wähler und Delegierten bieten sie kein Beispiel der Nachahmung.

Es ist demokratisch und legitim, sagte dieser Tage der Bundesgeschäftsführer der SPD, Holger Börner MdB, daß jeder, der sich im Namen der SPD für den VII. Deutschen Bundestag als Neuer bewirbt oder als Abgeordneter wieder kandidieren will, sich Befragungen von Mitgliedern und Delegierten stellt. Da geht es nicht immer zimperlich zu, aber daran liegt nichts Außerordentliches. Es hat sogar den Charakter einer Schutzmaßnahme, denn Mitglieder und Delegierte setzen auf den Kandidaten ihr Vertrauen, das sie nicht enttäuscht sehen möchten. Es ehrt die Fragesteller und zeugt von einem politischen Engagement, ohne das unsere Demokratie verdorren müßte. (ae/ex/31.7.1972/pgy)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß über Schiller: 1969 bis 1972 (I)

"Der Rat und die Mitarbeit Schillers innerhalb eines gemeinsamen politischen Rahmens wird geschätzt. Man wird den Rat Schillers immer gern anhören". / Franz Josef Strauß, CSU-Landesvorsitzender und Finanz- und Wirtschaftssprecher der CDU/CSU, am 26. Juli 1972 in der Illustrierten "Quick".

Dieser Aussage stellen wir in einer ausführlichen Dokumentation die Aussagen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß über Prof. Dr. Karl Schiller entgegen, die uns aus der Zeit vom 11. September 1969 bis zum 16. Juni 1972 vorliegen.

Süddeutscher Rundfunk/ 13. September 1969

"Frage: Herr Minister, Baden-Württemberg ist in den letzten Tagen ein Schwerpunkt des Bundestagswahlkampfes gewesen. Eine ganze Reihe von Spitzenpolitikern war hier, man hat Ihnen von sozialdemokratischer Seite, der CDU, dabei den Vorwurf gemacht, daß Sie von der Sachauseinandersetzung ausgewichen seien auf persönliche Angriffe und Diffamierungen?

Strauß: Das scheint die Methode 'Haltet den Dieb' zu sein, denn es ist ja ausgerechnet mein Kollege, der SPD-Star, Bundeswirtschaftsminister Schiller, gewesen, der z.B. Bundeskanzler Kiesinger wegen seiner kritischen Worte im Zusammenhang mit der Rundfunksendung 'PANORAMA' von Peter Merseburger ein gestörtes Verhältnis zur Meinungs- und Pressefreiheit und dabei auf seine politische Vergangenheit angespielt hat. Dagegen haben wir zurückgeschlagen. Ich habe aber im gleichen Zusammenhange... Schluß jetzt endlich mit der Stänkerei aus der Vergangenheit heraus; aber wenn ausgerechnet jemand, der im Glashaus sitzt, selbst mit Steinen wirft, dann müssen wir natürlich ihm den Spiegel vor Augen halten."

"Industriekurier"/ Düsseldorf/ 16. September 1969

"Zum anderen muß ich leider sagen, daß der Bundeswirtschaftsminister trotz seiner Erklärung, die abschwächen sollte, durch seine Zustimmung zu der bei Hoesch erzielten Einigung praktisch den Bankrott der konzertierten Aktion zugegeben hat... Und schließlich hat der Herr Bundeswirtschaftsminister aus lauter Verärgerung über die Nichtaufwertung und aus der bei ihm bekannten Rechthaberei erklärt, daß jetzt die Zeit massiver Lohn- und Gehaltserhöhungen gekommen sei, gewissermaßen als Reaktion

auf die unterbliebene Aufwertung...

Mir scheint es, ohne daß ich ein Spezialist für Psychoanalyse bin, wohl mit dem Wahlkampf zusammenzuhängen, was Schiller gesagt hat. Der Wahlkreis Schillers ist ja auch Dortmund. Ferner hängt es zusammen mit seiner sattem bekannten Rechthaberei. Wir haben ja von Schiller mehrere Trotzreaktionen nach der Entscheidung des Bundeskanzlers, durch die Nichtaufwertung den Außenwert der D-Mark stabil zu erhalten...

Muß sich der Bundesfinanzminister oder der Bundeskanzler verhalten lassen, die Fehlleistungen Schillers zu spät erkannt und diesen Kabinettskollegen zu spät gebremst zu haben?

Es widerstrebt mir beinahe zu sagen, daß ich dokumentarisch nachweisbar viele Monate vor dem Bundeswirtschaftsminister davon gesprochen habe, nicht nur keine weitere Konjunkturförderung zu machen, sondern ans Bremsen zu denken. Im Oktober 1968 habe ich damit angefangen. Damals wurde mir noch eine falsche Konjunkturbeurteilung vorgeworfen.

Wie beurteilen Sie, Herr Minister, das Auftreten Schillers im Wahlkampf? Hätte er nicht, wenn er schon aus der Kabinettsdisziplin ausbricht, besser seinen Hut genommen und dann die Freiheit zur Kritik am Bundeskanzler gehabt?

Diese Frage möchte ich von einer ganz anderen Seite her beantworten. Nach meiner Auffassung gehört die Frage 'Aufwertung oder nicht?' nicht in den Wahlkampf. Man kann währungspolitische Fragen nicht im Stil weltanschaulicher Glaubenskämpfe ausfechten, und vorwiegend noch mit Personifizierung.

Herr Minister, unsere Frage zielte auf das Verhalten Schillers!

Der Vorgang ist in der Geschichte der Bundesrepublik allerdings einmalig, daß ein Ressortminister eine einmal getroffene Entscheidung zum Gegenstand von dauernden Gegenerklärungen oder Gegenaktionen macht und trotzdem im Kabinett bleibt. Dabei muß ich ausdrücklich bemerken, daß ich keinen Koalitionskrach oder ein ungeschönes Koalitionsende in den letzten Monaten begrüßt hätte.

Können Sie sich, nach allem, was geschehen ist, überhaupt ein neues Gespann Strauß/Schiller in der kommenden Bundesregierung vorstellen?

Ich war nie der Meinung, daß die Große Koalition eine Dauererscheinung sein soll. Ich habe mich auch nie festgelegt, wie die nächste aussehen soll. Der Bundeswirtschaftsminister hat allein durch seine Methode, trotz der Pflichtübungen in den eigenen Reihen, seine Fähigkeit zur Zusammenarbeit in Zweifel gestellt, und das gilt noch mehr für den Koalitionspartner. Aber ich halte es für falsch apodiktische Aussagen zu machen. Ich sage lieber nichts. Die Zukunft unseres Staates und das Gedeihen unserer Wirtschaft müssen den Vorrang haben vor Enttäuschungen und Empfindlichkeiten."

(Fortsetzung folgt am 1. August 1972)